

Bern, 27. Juni 2013

MEDIENINFORMATION

Einreichen der Petition „Gegen die Legalisierung von Drogen! Für eine abstinenzorientierte Drogenpolitik!“

Gestern fand wie jedes Jahr der Internationale UNO-Tag gegen den Drogenmissbrauch und Drogenhandel statt. Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen teilt die Meinung der UNO-Drogenkontrollbehörde (INCB), dass der Drogenkonsum vor allem für die Industriestaaten eine der grössten Gefahren für unsere Jugend darstellt und lancierte darum diese Petition. Die tragischen Folgen der Verharmlosung des Drogenkonsums, vor allem des Kiffens, sind Schul- und Lehrabbrüche und damit Jugendarbeitslosigkeit und Abhängigkeit vom Sozialamt. Jährlich haben wir in der Schweiz auch ungefähr 200 Drogentote zu beklagen. Verantwortlich dafür ist primär die Laissez-faire-Politik, welche Eltern und Kindern beizubringen versucht, dass wir nur lernen müssten, mit Suchtmitteln umzugehen, dann hätten wir keine Probleme damit. Dies wird ungeachtet der wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Gefährlichkeit der einzelnen Suchtmittel verbreitet.

Aus diesem Grund hat die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen rund 3'500 Petitionsunterschriften „Gegen die Legalisierung von Drogen! Für eine abstinenzorientiert Drogenpolitik!“ gesammelt. Viele Schweizer Bürgerinnen und Bürger beobachten die Entwicklung in der Drogenpolitik mit grosser Sorge. Sie alle wünschen, dass sich Suchtberatung, -behandlung und -betreuung auf den Zweckartikel 1a des revidierten Betäubungsmittelgesetzes stützen.

Die Unterzeichnenden fordern:

- **keine Verharmlosung des verbotenen Betäubungsmittels Cannabis und dessen Anbau, Konsum und Handel.** Staatlich finanzierte Drogenberatungsstellen müssen verpflichtet werden, auf die Gefahren des Kiffens hinzuweisen wie: Beeinträchtigungen des Kurzzeitgedächtnisses, der Konzentrations- und Reaktionsfähigkeit, das Auslösen von Depressionen, Psychosen und Schizophrenien und Kontrollverluste, die oft zu Aggressionen und Gewalttaten führen.
- **eine Förderung von Rehabilitationsstätten und Therapieplätzen, in welchen die Sucht kranken Menschen auf das Ziel der Abstinenz hin beraten und behandelt werden.** Bei der staatlich finanzierten Abgabe der Betäubungsmittel Methadon und Heroin muss, wie den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern versprochen, ebenfalls das Ziel der Abstinenz anvisiert werden.

- dass alle Suchthilfeangebote regelmässig auf ihre Kosten, ihre Wirksamkeit und ihre Nachhaltigkeit hin überprüft werden.
- dass die Politik die Gesetze im Drogenbereich nicht durch Verordnungen verwässert oder umgeht. Die internationalen Abkommen über verbotene Betäubungsmittel und psychotrope Stoffe, die von der Schweiz unterzeichnet wurden, eingehalten werden.
- dass die vom Bundesrat eingesetzte „Suchtexpertenkommission“ , die sich gegen den Volkswillen für die Legalisierung aller illegaler Drogen einsetzt, aufgelöst und neu besetzt werden muss.

Der Bundesrat wird gebeten, jede einzelne der aufgeführten Forderung ernsthaft zu prüfen und umzusetzen, um unserem Land eine Zukunft mit einer starken, lebens- und leistungsfreudigen, nicht durch Drogen beeinflussten, neuen Generation zu ermöglichen.

P.S. PARAGLIDING Interlaken hat für jede Bundesrätin, jeden Bundesrat einen Paraglidingflug gesponsert, damit diese erleben können, wie toll ein „Abheben ohne Drogen“ sein kann, und dass ein Einsteigen für eine abstinenzorientierte Drogenpolitik dringend nötig ist.

Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**DACHVERBAND DROGENABSTINENZ
SCHWEIZ**



Nationalrätin Andrea Geissbühler
Tel. 076 313 32 75

**SCHWEIZERISCHE VEREINIGUNG
ELTERN GEGEN DROGEN**



Sabina Geissbühler-Strupler
Tel. 079 431 93 97 / Tel. 031 302 32 92